

Die Kohäsion stärken

ASTI legt Forderungen vor - und kommentiert den Wahlkampf

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Eine Instrumentalisierung der luxemburgischen Sprache und ein Wettrennen um den Preis des besten Patrioten: Mit diesen Aussagen beschreibt die „Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés“ (ASTI) den bisherigen Wahlkampf zur Parlamentswahl. „Fragen der Identität, die noch vor wenigen Jahren Geschäftsgrundlage der Rechtsextremen waren, sind heute Mainstream geworden“, sagte ihr Sprecher Sérgio Ferreira. Über Sprachkurse für Ausländer oder eine Ausweitung des „Congé linguistique“ finde man in den Wahlprogrammen hingegen „nicht sonderlich viel“.

Mit einiger Sorge verfolgt die ASTI ebenfalls die Diskussion über das Wachstum, wo bei Aussagen einzelner Parteienvertreter der Eindruck entstehe, dass Ausländer alleine an Verkehrs- oder Mobilitätsproblemen Schuld seien. „Das ist gefährlich“, sagte Zuccoli, die vor dem Aufkommen eines „Klima des Misstrauens“ warnte. Es sei Aufgabe der Politik, diese Aufgaben anzugehen. Eine Diskussion darüber, dass bebaubare Grundstücke fast vollständig in Privatbesitz sind, müsste deshalb beispielsweise eher geführt werden.

Wahlrecht: Wohnsitz statt Nationalität

Die ASTI hat gestern, nachdem sie über die vergangenen Monate auch Unterredungen mit Vertretern der im Parlament repräsentierten Parteien hatte, ihre wesentlichen Forderungen präsentiert. Vor dem Hintergrund einer Quasi-Pattsituation zwischen Luxemburgern und

Nicht-Luxemburgern spricht sich der Verein etwa für ein direktes legislatives Initiativrecht für die Arbeitnehmerkammer aus, die als einziges Organ alle Arbeitnehmer repräsentiere. Die ASTI hält auch weiterhin an ihrer Forderung nach einem universellen



Konkretes zum „congé linguistique“ oder zum Angebot an Luxemburgischsprachkursen vermisst die ASTI in den Wahlprogrammen

Foto: Editpress/Alain Rischard

„Das Problem des demokratischen Defizits bleibt“

LAURA ZUCCOLI, Präsidentin der ASTI

Wahlrecht fest. Nicht die Nationalität, sondern der Wohnort sollte über das Wahlrecht entscheiden. Die ASTI-Verantwortlichen bemerkten bei dieser Gelegenheit, dass auch wenn das Referendum vor drei Jahren eindeutig ausfiel, „das Problem des demokratischen Defizits bleibt“. Allerdings würden das nur noch zwei Parteien, „déi gréng“ und „déi Lénk“ in ihren Programmen thematisieren. 48 Prozent der Bevölkerung müssten sich mit der Beobachterrolle zufrieden geben.

„Sie haben keine Stimme zu dem, was die Zukunft sein soll“, bemerkte Laura Zuccoli. Die Aufenthaltsdauer von fünf Jahren als Voraussetzung, um bei Kommunalwahlen teilnehmen zu können, ist ein weiterer Punkt auf der Liste der ASTI. Kein großes

Thema bei den Parteien sei zudem die automatische Einschreibung von Ausländern im Wählerverzeichnis, wenn diese die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen.

Im Sinne der sozialen Kohäsion fordert die Vereinigung dann eine Reform des Gesetzes von 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern. Mit der Überarbeitung des „contrat d’accueil et d’intégration“ (CAI) solle sichergestellt werden, dass ein Kontakt entsteht, um so Integration zu begünstigen. Zuccoli plädierte zudem für die Entwicklung einer Willkommenskultur auf nationalem und kommunalem Plan. Eine Ausweitung des „congé linguistique“ zum Erlernen des Deutschen und des Französischen, eine erneute „Regularisierung“ von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung oder die Schaffung einer Beobachtungsstelle für Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie sind weitere Punkte auf der Wunschliste der ASTI. ●